

Schüler, Eltern und Lehrer gestalten Schule jetzt selbst

Senator Klemann stellt Modellprojekt "Schule in Eigenverantwortung" vor Start im Sommer 1995

Von Annette Kögel

Berlin. Das Landesschulamt empfanden viele Lehrer, Eltern und Schüler als sprichwörtliche Peitsche. Nun folgt das Zuckerbrot: Berliner Schulen können sich an dem Modellprojekt "Mehr Verantwortung für die Einzelschule" beteiligen, das zum kommenden Schuljahr starten soll. Kern des wissenschaftlich begleiteten Versuchs: Schüler, Lehrer und Eltern sollen künftig stärker in Sachen Finanzen, Pädagogik und Lehrerstellen mitbestimmen. "Identifikation und Initiative wird in dem Maße steigen, wie das Maß an Mitbestimmung zunimmt", sagte Senator Jürgen KLEMMANN (CDU). Zuletzt sei viel über organisatorische Fragen diskutiert worden, nun müsse wieder der "pädagogischen Prozeß an sich und die Qualität von Schule" im Vordergrund stehen. Schule müsse flexibler werden, um sich den gesellschaftlichen Bedingungen anpassen zu können. Zur ersten Modellstufe im Sommer 1995 rechnet man mit bis zu 100 interessierten Schulen. Grundsätzlich müssen alle Versuchs-Vorhaben mit Zweidrittel-Mehrheit der Gesamtkonferenz (alle Lehrer) und der Schulkonferenz (Lehrer, Eltern, Schüler) beschlossen werden. Letztendlich liegt die Entscheidung beim Schulleiter, der die rechtliche Verantwortung trägt. Die Schulen können etwa über Lehrerstunden-Pools verfügen und bestimmen, wie die drei Prozent Vertretungsstunden eingesetzt werden. Zudem können die Stunden für Arbeitsgemeinschaften, Förder- und Teilungsunterricht flexibel verteilt werden. Auf diese Weise soll auch Unterrichtsausfall verhindert werden. Die Schulverwaltung ermöglicht weiter, daß Klassenlehrer und Schulleiter ihre Ermäßigungsstunden möglicherweise an belastete Kollegen abgeben. Auch der Unterrichtsumfang eines ganzen Schuljahres kann flexibler gehandhabt werden. Fächerübergreifender Unterricht

soll auch außerhalb des 45-Taktes möglich sein, zudem können die Schulen in gewissem Maße von der Jahresstundentafel abweichen. Statt also beispielsweise zwei Stunden Biologie pro Woche anzusetzen, könnte man etwa einen Monat lang in den naturwissenschaftlichen Fächern das Thema "Gewässerschutz" behandeln. Auch in punkto Finanzen läßt man die Schulen an einer längeren Leine. Zwar fließen die Globalsummen noch nicht direkt in die eigenen Kassen, derzeit überweist die Finanzverwaltung das Schulbudget noch an die Bezirke. Doch dies solle möglichst "gläsern" geschehen, damit das Geld die Schulen in vollem Umfang erreiche, appellierte Klemann. Für Lehr- und Lernmittel, Möbel, Sportgeräte und bauliche Unterhaltung können dann bei einer dreizügigen Grundschulen 60 000, bei einer achtzügigen Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe 200 000 DM zusammenkommen, mit denen die Schulen eigenständig haushalten. Von eingesparten Geldern profitiert jedoch nicht die Schule selbst, die Gewinne müssen wegen des Landeshaushaltsgesetzes vorläufig noch an den Bezirk überwiesen werden. Unterrichtsbesuche durch bezirkliche Schulaufsichtsbeamte sollen künftig entfallen, sie obliegen nun dem Schulleiter. Eine "Kommission Aufgabenintegration" soll Verwaltungsvorschriften entrümpeln. Der Bericht zu "Schule in Eigenverantwortung" wird zunächst dem Landeschulbeirat zur Diskussion, anschließend dem Senat vorgelegt. Schulsenator Klemann widersprach unterdessen Angaben aus der Verwaltung, alle Verträge der befristet angestellten Lehrer würden zum Sommer hin nicht verlängert. Der Einstellungsstopp gelte nicht mehr.